



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2022/221	
- öffentlich -	Datum: 19.01.2022	
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in: Nina Fiedler	
	Bearbeiter/in: Ostermeyer, Christiane	
Antrag der SPD-Fraktion zur Vorlage eines tragfähigen Konzepts, welches die Zentrale Notaufnahme und die Geburtshilfe am Standort der imland gGmbH in Eckernförde beinhaltet		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
20.01.2022	Hauptausschuss	

Beschlussvorschlag:

Die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde beantragt, dass der Hauptausschuss die Mitglieder der Gesellschaftsversammlung der Imland gGmbH anweist, die Geschäftsführung zu beauftragen, ein tragfähiges Konzept vorzulegen, welches die Zentrale Notaufnahme und die Geburtshilfe am Standort Eckernförde beinhaltet.

Dabei sollen auch die Möglichkeiten eines Dependance-Modells (vergleiche Gutachten von Lohfert & Lohfert 2017), der Telemedizin und des standortübergreifenden Arbeitens sowie weitere Synergieeffekte durch Standortverlagerung berücksichtigt werden.

Darüber hinaus soll zusätzlich die Wiedereröffnung der Pädiatrie am Standort Eckernförde geprüft und mit belastbaren Zahlen und Daten hinterlegt werden.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Relevanz für den Klimaschutz:

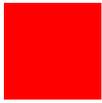
entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlage/n:

SPD Fraktion Pruefauftrag_imland.pdf



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Iris Ploog
- Fraktionsvorsitzende -

An den
Hauptausschussvorsitzenden des
Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Thorsten Schulz

Rendsburg, den 19.01.2021

Kreistagsbüro, Frau Höffer und Frau Ostermeyer

Sehr geehrter Herr Schulz,

für die Hauptausschusssitzung am 20.01.2022 beantragt die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde, dass der Hauptausschuss die Mitglieder der Gesellschaftsversammlung der Imland gGmbH anweist, die Geschäftsführung zu beauftragen, ein tragfähiges Konzept vorzulegen, welches die Zentrale Notaufnahme und die Geburtshilfe am Standort Eckernförde beinhaltet.

Dabei sollen auch die Möglichkeiten eines Dependance-Modells (vergleiche Gutachten von Lohfert & Lohfert 2017), der Telemedizin und des standortübergreifenden Arbeitens sowie weitere Synergieeffekte durch Standortverlagerung berücksichtigt werden.

Darüber hinaus soll zusätzlich die Wiedereröffnung der Pädiatrie am Standort Eckernförde geprüft und mit belastbaren Zahlen und Daten hinterlegt werden.

Begründung: erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

(Fraktionsvorsitzende)